

Brisante Vorwürfe zum Duro-Geschäft

Ein Bürgerforum von Armeeoffizieren behauptet, dass das Rüstungsamt Armasuisse mit falschen Zahlen operiert

Von Christian Keller, Bern

Die Welt befand sich tief im Kalten Krieg, als der junge Aargauer Richard Fischer 1970 als Sappeur in die Rekrutenschule in Bremgarten einrückte. Der spätere Eigentümer eines Tiefbauunternehmens mit 130 Angestellten leistete während seiner Zeit im grünen Tenü über 1700 Dienstage und stieg bis zum Ersten Adjutanten der Panzerbrigade 4 auf.

Fischer ist im Herzen ein «Anhänger einer starken Abwehrarmee» – und doch kämpft er derzeit in der vordersten Angriffslinie gegen das umstrittene Duro-Rüstungsgeschäft, das noch unter Verteidigungsminister Ueli Maurer vorbereitet wurde und seit 2016 von seinem Nachfolger Guy Parmelin (SVP) mit gleicher Überzeugung vertreten wird. Am nächsten Montag kommt die viel diskutierte Vorlage in den Ständerat zur Abstimmung. Fischer hofft, dass sie dort Schiffbruch erleidet. Im Nationalrat fand das Kreditbegehren 2015 eine hauchdünne Mehrheit.

Für insgesamt 558 Millionen Franken sollen 2200 der 3000 Truppen-transporter generalüberholt und mit zusätzlichem Interieur ausgestattet werden. Pro Fahrzeug belaufen sich die Kosten auf 250 000 Franken. Bemerkenswert: Als die Duro-Flotte vor 18 Jahren angeschafft wurde, lag der Stückpreis noch bei 140 000 Franken.

Nicht nur dieser fragwürdige Punkt hat Fischer dazu bewegt, mit weiteren ehemaligen und aktiven Militärs das Bürgerforum «Duromillionen» ins Leben zu rufen und Druck auf die Politik auszuüben, die vorgesehene «Luxussanierung» zu stoppen.

Auch die diversen Enthüllungen der letzten Monate trugen massgeblich zum Entschluss bei, als überzeugte Armeebefürworter gegen die Pläne der Armeeführung öffentlich in den Widerstand

zu treten. Presseberichte hatten ans Licht gebracht, dass der Grossauftrag vom Bund nie ausgeschrieben worden war. Ferner wurde die heikle Doppelrolle der Mowag publik. Ausgerechnet die Firma, welche die Wartungsarbeiten durchführen soll, prüfte im Auftrag des Rüstungsamtes Armasuisse, ob die weitere Nutzung des Duros überhaupt sinnvoll ist. Nur logisch, dass die Experten der Mowag die Frage positiv beantworteten.

Hinzu kommt, dass laut SVP-Nationalrat Ulrich Giezendanner eine Neuananschaffung viel günstiger ausfallen würde als derart viel Geld in «alte Kisten» zu stecken. Der Aargauer Bundespolitiker, er ist der schärfste Kritiker in dieser Sache, nennt ein Sparpotenzial von mindestens hundert Millionen Franken.

220 Millionen Franken einsparen

Die Initianten des Bürgerforums «Duromillionen» halten nun aber fest, dass gemäss ihren Abklärungen die Kosten um einen noch viel höheren Betrag gesenkt werden könnten: Konkret um mindestens 220 Millionen Franken. Der Hintergrund ihrer Aussage ist brisant.

Roland Schmid, ebenfalls Mitglied des Bürgerforums, sagt zur BaZ: «Aus sicherer Quelle habe ich erfahren, dass die Mowag pro Duro maximal mit einem Nettopreis von 150 000 Franken entschädigt wird und nicht 250 000 Franken erhält, wie es die Botschaft des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) vermuten lässt. Diese Information stammt von einer Person, die mit den Details bestens vertraut ist.»

Schmid beteuert dezidiert den Wahrheitsgehalt der Angaben, die ihm innert Wochenfrist von gleicher Stelle zweifach bestätigt worden seien. «Ich stehe deshalb eidesstattlich zu dieser Aussage.» Wenn pro Fahrzeug 100 000



Kritik an «Luxussanierung». Für insgesamt 558 Millionen Franken sollen 2200 Duro-Fahrzeuge der Armee generalüberholt und aufgewertet werden. Foto Key

Franken weniger ausgegeben werden, als offiziell veranschlagt, ergibt sich die Differenz von 220 Millionen Franken. Wohin wandert dieses Steuergeld? Schmid und Fischer äussern einen düsteren Verdacht: «Offensichtlich sollen die überschüssigen Mittel verwendet werden, um heimlich andere Rüstungsgeschäfte finanzieren zu können.»

Es sei bezeichnend, dass Armasuisse sich weigere, die Offerte der Mowag offenzulegen und Transparenz

zu schaffen. Auch die BaZ deponierte gestern eine entsprechende Anfrage. Sie blieb bis Redaktionsschluss unbeantwortet.

Der Vorwurf, den Schmid und Fischer basierend auf ihren Recherchen erheben, ist schwerwiegend: Die Verantwortlichen bei Armasuisse und VBS hätten das Parlament mit falschen Zahlen in die Irre geführt. «Ein solches Vorgehen schadet dem Vertrauen der Bevölkerung in die Armee massiv», sagt Fischer.

In den letzten Tagen hat sich das Bürgerforum mit seinen Erkenntnissen an zahlreiche Ständeräte gewandt. Am meisten Unterstützung kommt von der Basler Ständesvertreterin Anita Fetz (SP). Sie wird die Rückweisung des Geschäfts beantragen. «Ich werde in den nächsten Tagen mit meinen Ratskollegen intensive Gespräche führen und versuchen, Überzeugungsarbeit zu leisten», sagt sie zur BaZ.

Die Ausgangslage ist allerdings schwierig. Denn die dreizehn Mitglieder der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerats haben im Januar der Duro-Werterhaltung einstimmig bei zwei Enthaltungen zugestimmt. Eine Abfuhr in der kleinen Kammer wäre deshalb eine grosse Überraschung. Fetz meint dazu: «Wenn der Ständerat tatsächlich Ja sagt, dann im vollen Bewusstsein, dass er wider besseren Wissens eine über- teuerte Duro-Aufmotzung gutheisst und in Sparzeiten einen dreistelligen Millionenbeitrag verschleudert.»

Volksabstimmung erzwingen

Sollte das befürchtete Szenario eintreffen, wollen die Vertreter des Bürgerforums erst recht in die Hosen steigen. «In diesem Fall werden wir das fakultative Finanzreferendum ergreifen und alles dafür tun, damit das Volk über den Duro-Deal abstimmen kann», kündigt Roland Fischer an. Es sei bereits ein grobes Konzept ausgearbeitet worden, wie die benötigten 50 000 Unterschriften gesammelt werden können.

Ungeklärt ist allerdings, ob eine Volksabstimmung auf diesem Weg überhaupt möglich ist. Denn eigentlich kennt die Schweiz keine Finanzreferenden. Wie Anita Fetz der BaZ schreibt, erwägt sie deshalb dem Ständerat zu beantragen, den Duro-Beschluss dem Referendum zu unterstellen.

Nachrichten

3 von 4 Wehrpflichtigen sind diensttauglich

Bern. Im letzten Jahr haben sich gut 75,4 Prozent als tauglich für den Dienst in Militär oder Zivilschutz herausgestellt. Das sind etwas mehr als noch 2014. Am tauglichsten erwiesen sich einmal mehr die Landbewohner. Insgesamt prüften die sechs Rekrutierungszentren letztes Jahr 39 857 Stellungspflichtige auf Herz und Nieren. 63,7 Prozent der Eingeteilten werden die Reihen der Armee auffüllen. SDA

Komitee lanciert Aufruf für Lohngleichheit

Bern. Ein überparteiliches Komitee lanciert einen Aufruf für die Lohngleichheit von Mann und Frau. Hinter der gestern vorgestellten Unterschriftensammlung stehen männliche Bundesparlamentarier. Seit 1981 sei die Lohngleichheit von Mann und Frau in der Bundesverfassung verankert. Bedauerlicherweise sei der Verfassungsgrundsatz auch 35 Jahre später immer noch nicht umgesetzt. SDA

Ja zur elektronischen Signatur für Firmen

Bern. Firmen und Behörden sollen künftig mit neuen Formen der elektronischen Signatur arbeiten können. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat eine Gesetzesrevision gutgeheissen, die den elektronischen Geschäftsverkehr vereinfachen soll. Heute steht die qualifizierte elektronische Signatur nur natürlichen Personen offen. SDA

SVP-Politiker Herbert Huser zieht sich zurück

St. Gallen. Der St. Galler SVP-Politiker Herbert Huser zieht sich aus der Politik zurück. Er werde seine Mandate noch bis Ende Mai wahrnehmen, gab Huser gestern bekannt. Huser war am Sonntag als Regierungsratskandidat auf dem letzten Platz der offiziellen Bewerber gelandet. SDA

Die Schweizer fühlen sich sicherer

Kriminalitätsrate geht erstmals seit Jahrzehnten zurück

Bern. Nach einer Abnahme der Kriminalfälle in den USA und in Grossbritannien in den vergangenen Jahren habe der positive Trend nun auch die Schweiz erreicht, sagte Kriminologe Martin Killias gestern vor den Medien in Bern. Sein Team hat im Auftrag der Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten (KKPKS) die Schweizerische Sicherheitsbefragung 2015 durchgeführt. Diese kommt zum Schluss: Die Bevölkerung fühlte sich im vergangenen Jahr sicherer als noch im Jahr 2011. Und die Schweiz ist auch tatsächlich sicherer geworden. In den vergangenen Jahren seien weniger Menschen Opfer von Straftaten geworden.

Die Aussagen basieren auf einer Befragung von rund 2000 zufällig ausgewählten Personen zwischen Mai und September 2015. Die Studie wird seit dreissig Jahren regelmässig durchgeführt und gibt Aufschluss über langfristige Entwicklungen in der Kriminalität. «Insbesondere beim Diebstahl sowie bei Tätllichkeiten und Drohungen nahmen

die Straftaten gegenüber der letzten Befragung deutlich ab», sagte Killias. Grund dafür sei unter anderem das geänderte Ausgangsverhalten von jungen Leuten. «Viele verbringen die Freizeit am Computer, im Internet, und bewegen sich nicht mehr so oft auf der Strasse.»

Erfreulich tief

Dies hat auch Auswirkungen auf das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Laut der Befragung fühlen sich mehr als acht von zehn Personen in der Schweiz sicher. Rund 11 Prozent gaben an, in den vergangenen zwölf Monaten Angst gehabt zu haben. Dieses Ergebnis sei zwar erfreulich tief, aber es müsse die Aufgabe der Polizei sein, dass sich alle in der Schweiz sicher fühlten, sagte KKPKS-Präsident Stefan Blättler.

Probleme sieht die Bevölkerung vermehrt in den Bereichen Vandalismus, Einbruch sowie Diebstahl und Raub. Trotz leicht gesunkener Einbruchszahlen halten es mehr Personen für wahr-

scheinlich, dass sie Opfer eines Einbruchs werden.

Auch wenn die Zahl der Delikte in fast allen Bereichen abnehme, so sei die Schweiz nicht etwa ein Hort der Sicherheit, stellte Killias klar. «In den 1980er-Jahren galten wir mal als sicherstes Land, doch diese Aussage ist schon lange überholt.» Zuletzt habe die Schweiz bei gewissen Delikten überdurchschnittliche Raten verzeichnet. Beispielsweise Raubüberfälle hätten sich auf hohem Niveau eingependelt.

Kommt hinzu, dass die Kriminalitätsrate von Kanton zu Kanton stark divergieren kann. Welche Regionen genau deutlich über oder unter dem schweizerischen Durchschnitt liegen, konnte Killias nicht sagen. Klar sei aber, dass städtische Kantone und Gemeinden oft deutlich höhere Kriminalitätsraten aufwiesen als ländliche Gegenden.

Ansetzen wollen die Polizeikommandanten unter anderem bei den tiefen Anzeigeraten, die die Befragung ebenfalls zutage förderte. SDA

Düstere Aussichten für die öffentlichen Finanzen

Konjunkturschwäche wird vor allem die Sozialwerke belasten

Bern. Die öffentlichen Finanzen der Schweiz sind 2014 zum zweiten Mal in Folge in die roten Zahlen gerutscht. 2015 dürfte sich die Lage etwas entspannen haben, vor allem dank dem guten Abschluss beim Bund. 2016 aber dürfte die Konjunkturschwäche wegen der Frankenstärke einen weiteren Taucher auslösen.

Die Konjunkturschwäche wird in erster Linie die Sozialwerke belasten, wie die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) gestern in ihrer neuen Finanzstatistik für die öffentlichen Haushalte 2014 bis 2016 ausweist. 2014 schrieben die Haushalte von Bund, Kantonen, Gemeinden wie im Vorjahr rote Zahlen. Der Bund war mit einem Defizit von 124 Millionen Fran-

ken erstmals seit fast zehn Jahren wieder in die Verlustzone gerutscht. Die Defizitquote erreichte –0,1 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts (BIP). 2013 waren es –0,2 Prozent gewesen.

Mit einer Defizitquote von null Prozent dürfte sich die Lage 2015 nach EFV-Angaben etwas entspannen haben. Ausschlaggebend für den guten Abschluss der Bundeskasse waren die Verrechnungs- und die Bundessteuer. Zudem war die Zinslast geringer. 2016 dürfte sich die Lage nach diesem Zwischenhoch vor allem beim Bund wieder einklinken, so die EFV. Die Konjunkturschwäche wegen der Frankenaufwertung dürfte in Form höherer Ausgaben in der Arbeitslosenversicherung besonders auf den Sozialwerken lasten. SDA

Prozess gegen vier mutmassliche IS-Terroristen aus dem Irak

Angeblich Anschläge in der Schweiz geplant

Bellinzona. Am Bundesstrafgericht in Bellinzona begann gestern der Prozess gegen vier Iraker, denen Unterstützung einer kriminellen Organisation vorgeworfen wird. Sie sollen Vorbereitungen getroffen haben, um in der Schweiz einen Anschlag zu verüben. In der Anklageschrift der Bundesanwaltschaft wird festgehalten, dass die zwischen 29 und 34 Jahre alten Männer im Begriff waren, Informationen, Material und geeignete Personen zu organisieren, um einen Sprengstoffanschlag durchzuführen.

Die Kommunikation zwischen den Männern und weiteren Personen im Irak und in Syrien wurde unter anderem mittels Facebook bewerkstelligt. Dabei verwendeten die mutmasslichen

Terroristen Codewörter. So stand «Brot backen» für Bomben bauen oder «Wassermelonen» für Bomben.

Wie aus der Anklageschrift hervorgeht, warnten sich die Beteiligten immer wieder, vorsichtig zu sein. Es wurde auch die Vermutung geäußert, dass sie vielleicht überwacht würden.

Zwei der Angeklagten sollen sich zudem als Schleuser für den Islamischen Staat (IS) betätigt haben. Gemäss Anklageschrift haben sie einzelnen Personen geholfen, Schlepper und finanzielle Mittel zu beschaffen und Reiserouten zu bestimmen. Einem der beiden mutmasslichen Schleuser wird zudem vorgeworfen, er habe auf Facebook Fotos von getöteten und verstümmelten Personen hochgeladen. SDA

Offensive für die Einbürgerung

Gewerkschaften für Secondos

Bern. Die Gewerkschaften lancieren eine Einbürgerungsoffensive. Secondos ohne Schweizer Pass werden aufgefordert, sich einbürgern zu lassen, wenn sie die Voraussetzungen dafür erfüllen. Mit dem klaren Nein zur Durchsetzungs-Initiative sei für die Menschen in der Schweiz ohne Schweizer Pass eine eigentliche Entrechtung abgewehrt worden. Doch auch so sei ihre Lage ungemütlich, gab der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) gestern vor den Medien bekannt. Denn auch ohne Durchsetzungs-Initiative drohe Menschen, die hier aufgewachsen seien, aber keinen Schweizer Pass hätten, bei Delikten die Ausweisung in ein Land, das sie womöglich gar nicht kennen würden. SGB-Präsident und Ständerat Paul Rechsteiner (SP/SG) rief Eltern ohne Schweizer Pass dazu auf, alles in ihrer Möglichkeit stehende zu tun, dass ihre Kinder das Schweizer Bürgerrecht erwerben, sobald sie die Voraussetzungen dafür erfüllen. SDA